



Europäisches Parlament billigt Standpunkt zu ePrivacy-Verordnung

Das Europäische Parlament billigte am 26.10.2017 den Standpunkt des Ausschusses für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) zum Vorschlag für die Verordnung über Privatsphäre und elektronische Kommunikation (ePrivacy-Verordnung). Vor den Abstimmungen im Ausschuss und im Plenum waren Wirtschaftsvertreter gegen den Entwurf Sturm gelaufen. Die gesamte Debatte über die ePrivacy-Verordnung ist ein stark polarisiertes und politisches Thema, verbunden mit enormer Lobbyarbeit zahlreicher Interessengruppen. Der Entwurf der Berichterstatterin Marju Lauristin (S&D) wurde jedoch mit einer Mehrheit (318+/280-/20 Enthaltungen) bestätigt. Die Berichterstatterin kann auf dieser Basis Trilog-Gespräche mit dem Rat aufnehmen, sobald dieser seinen Standpunkt festgelegt hat. Die neuen Regelungen beziehen sich auf SMS, herkömmliche Telefondienste und neue Dienste wie WhatsApp, Skype und Facebook-Messenger.

Jede Nutzung persönlicher Daten würde dann die Zustimmung des Betroffenen erfordern. Auch Metadaten wie Informationen über angerufene Nummern, Aufenthaltsorte oder besuchte Webseiten müssten vertraulich behandelt werden. Der Zugang zu Websites dürfte nicht mehr von der Weitergabe persönlicher Daten abhängig gemacht werden („Cookie-Walls“). Die derzeit geltende Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation wurde zuletzt im Jahr 2009 aktualisiert. Der von der Kommission am 10.01.2017 vorgelegte Vorschlag für eine Überarbeitung ersetzt die Richtlinie durch eine Verordnung. Mit der Überarbeitung werden die Vorschriften auch mit der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in Einklang gebracht, die im Mai 2018 in Kraft treten wird

<http://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20171025IPR86836/parliament-confirms-negotiation-mandate-on-e-privacy-rules>